

Braunkohle ist nicht mit Klimaschutz vereinbar!

Zur Ankündigung der Landesregierung, auch ohne CCS den Neubau eines Braunkohle-Kraftwerks anzustreben, stellen Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg Folgendes fest:

- Die Bevölkerung der Region wird weiter über ihre Zukunft im Unklaren gelassen; die Dörfer bleiben vom Tagebau bedroht. Eine Zukunftsperspektive für die Lausitz wird weiter auf die lange Bank geschoben.
- Der Abschied der Landesregierung vom Klimaschutz-Feigenblatt CCS bedeutet einen direkten Bruch der Koalitionsvereinbarung von SPD und Linken, worin ein Kraftwerksneubau an CCS geknüpft ist. Die von Rot-Rot gesetzten CO₂-Reduktionsziele bei der Energiegewinnung waren ohnehin auch mit CCS unerreichbar.

Die Landesregierung erweist sich hier als unfähig, eine an Klimaschutz und Gemeinwohl orientierte Politik für Brandenburg zu gestalten. Mit deren Art der Politik wird der Politikverdrossenheit Vorschub geleistet. Wir Bündnisgrüne stehen weiter ohne Wenn und Aber an der Seite der EinwohnerInnen der vom Tagebau bedrohten Dörfer.

Deshalb fordern Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg:

- Ablehnung der Anträge zu den neuen Tagebauen Jänschwalde Nord und Welzow Süd II durch die Landesregierung.
- Einstellung der Planungen für die CCS-Demonstrationsanlage und keine Kraftwerksneubau-Planung in Jänschwalde.
- Entwicklung eines Masterplans für die Lausitz für die Zeit nach der Braunkohle.
- Ein klares Bekenntnis der Landesregierung zu einer Politik des Klimaschutzes durch den Ausstieg aus der Braunkohle.